Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 455. **Sonntag** den 7. September 1902. **96. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Der Vorwurf der Nörgelsucht, den man in Deutschland regelmäßig gegen Nationale, wenn diese ein Wort politischer Kritik laut werden lassen, schleudert, scheint doch nicht recht begründet zu sein. Die Posener Kaisertage haben gehegte Wünsche erfüllt und keine Enttäuschung gebracht und überall, wo man ehrlich auf dem Boden des Reiches steht, kommt hohe Genugthuung, ja mehr als dies: reine Freude, verbunden mit unverkennbaren Zeichen gehobenen Muthes, zum Ausdrucke. Man ist voll des Dankes für die ruhig-energische Betonung und zugleich Begrenzung der eingeschlagenen Polenpolitik. Der Tadel deutschen Parteihaders, den der Kaiser einflocht, wird hingenommen als nicht unverdient. Es ist zwar gerade in den Ostmarken unter dem Drucke der polnischen Noth in dieser Beziehung etwas besser geworden, besser jedenfalls als im größten Theile des übrigen Deutschlands mit der Einigkeit gegen die gleich dem Slawenthum unversöhnlich grundstürzenden Richtungen des Ultramontanismus und der Socialdemokratie. Die Mahnung zur Ablegung des „Erbfehlers" erging aber auch gar nicht allein an die Deutschen im Nordosten, sondern an alle Deutschen, die politisch den Namen verdienen. Und in der That blühet auch unser „westelbischer" Hader eine der am stärksten sprudelnden Quellen des Unheils und zwar auch ganz besonders des polnischen Vordringens. Von den Ultramontanen und den Socialdemokraten sehen wir selbstverständlich ab, aber die polnische Gefahr hätte unmöglich derart wachsen können, wie geschehen, wenn nicht aus anderen Parteien heraus die Wortführer nicht unmittelbar bedrohter Gebietstheile dem Polenthum die Wege geebnet hätten. Lange Zeit durch directe Vorschubleistung, späterhin durch oft höhnische Kritik an den Abwehrversuchen und durch die Abneigung, vorübergehende Unzukömmlichkeiten geringfügiger Art richtig gegen die dauernde schwere polnische Gefahr abzuwägen. Im sogenannten Falle Löhning hat sich diese unnationale Erfassung nationaler Lebensfragen erst jüngst wieder deutlich bemerkbar gemacht, und Kurzsichtigkeit war vielleicht nicht häufiger die Ursache als Mangel an gutem staatlichen Willen. Man hat den Polen und den Ultramontanen geholfen, eine an sich allerdings höchst unbesonnene Bemerkung eines oder mehrerer Beamten als deckende Coulisse vor ein Treiben zu schieben, das, wenn geduldet, jede für den Staat nicht ruinöse Polenpolitik unmöglich machen würde. Die Posener Rede, in der der Kaiser sich über die Pflicht der Beamten und die ihnen vorgezeichnete Culturpolitik vernehmen ließ, findet auch den Beifall der freisinnigen Presse. Wir wollen, wenn später Polen und Centrum den Fall Löhning über die Bühne des preußischen Abgeordnetenhauses und vielleicht auch — hier im Verein mit der Socialdemokratie — über die des Reichstags zerren werden, sehen, ob die freisinnigen Parlamentarier das Urtheil ihrer Publicisten ratificiren oder ob sie über die „Tochter des Feldwebels" die zahllosen deutschen Kinder vergessen werden, die die polnische Geistlichkeit, hierin unterstützt von dem gesammten Laienthum ihrer Nationalität, deutscher Sprache und Art mit nur zu großem Erfolge zu berauben sucht.

Muß die Berechtigung der kaiserlichen Worte über den Parteihader als Tadel für die Vergangenheit, wie als Mahnung für die Zukunft anerkannt werden, so ist damit allerdings die Frage des deutschen Verschuldens an den Zuständen im Osten nicht erschöpfend beantwortet. Es erleidet keinen Zweifel, daß die Caprivi'sche Polenpolitik nicht nur während ihrer Herrschaft unermeßlichen Schaden angerichtet, sondern, indem sie ungeheure Verwirrung in die Beamtenschaft und die deutsche Bevölkerung des Ostens hineintrug, über ihre Lebensdauer hinaus und sogar bis auf den heutigen Tag böse Wirkungen geäußert hat. Die Möglichkeit, daß ein Löhning sich bis vor Kurzem in hoher Beamtenstellung halten konnte, ist einer der zahlreichen Beweise für die Fortdauer einer gefahrbergenden Unsicherheit. Dies wird nicht aus dem Bedürfniß, zu recriminiren, hervorgehoben, sondern um dem Wunsche Nachdruck zu geben, daß hinter der unverkennbaren augenblicklichen Energie unbeirrbare Ausdauer stehen möge. Es ist schwer, einem Unternehmen, das zudem auf Glanzerfolge nicht rechnen darf, das verlorene Terrain zurückzugewinnen — fußbreit —, denn anders kann es nicht sein. Doppelt schwer für eine Regierung, die in der billigenswerthen Absicht, dem Katholicismus sein Recht zu belassen, den Machtaspirationen eines ohnehin ungemein erstarkten Ultramontanismus nicht entgegenwirken zu dürfen glaubt. Der Klerikalismus fühlt sich solidarisch mit dem Polenthum und die „Germania" verräth auch schon deutlich, daß sie die letzte Posener Kaiserrede, obwohl diese das Recht der Katholiken, überdies auch das einer ohne Verletzung der Staatstreue gepflegten polnischen Nationalität, mit wärmster Bereitwilligkeit anerkennt, als gegen den Ultramontanismus gerichtet empfindet. Das Centrumsblatt antwortet zunächst mit altem, nicht gerade ehrerbietigen Spaße, indem es andeutet, eigentlich herausfagt, der Kaiser habe sich in Posen für die Zurückberufung des Jesuitenordens und die Zustimmung zum „Toleranzantrag" des Centrums festgemacht. Aber man muß darauf gefaßt sein, daß die führenden Ultramontanen die gerechten, aber festen Worte des Kaisers in geschickterer Form gegen das Deutschthum und das deutsche Reich ausbeuten werden. Es wird nicht möglich sein, sich der Hilfstruppe zu erwehren, ohne das Gros des feindlichen Heeres zurückzudrängen.

Eine zielsichere Führung darf darauf rechnen, daß das Volk sich wieder in der früheren Stärke um die Fahne der Abwehr der historischen Gegner einer jeden leistungsfähigen deutschen Centralgewalt schaart. Unsere politischen Freunde haben diesen Posten nie verlassen und wir hoffen, daß auf dem bevorstehenden Delegirtentage der nationalliberalen Partei die alte Kampfeslosung bekräftigt werden wird. Das Programm dieser Versammlung enthält zwar einen besonderen, den Ultramontanismus betreffenden Punct nicht. Es ist aber eine Erörterung der „allgemeinen Stellung der Partei" auf die Tagesordnung gesetzt, und da versteht sich die Einbeziehung des Gegenstandes von selbst. An diesem Puncte wird wohl auch die Besprechung der constitutionellen Bedürfnisse der Zeit nicht ausbleiben. Der lückenlos befriedigende Verlauf der Posener Tage kann über die Pflicht einer Aussprache über die eben erst wieder brennend gewesenen Fragen nicht hinwegheben. Die nationalliberale Partei, die im Reichstage Vertreter aller größeren Bundesstaaten zählt und geschichtlich mit der Schöpfung der Reichsverfassung aufs engste verknüpft ist, erfüllt nur ihren Beruf, wenn sie sich in diesem Augenblicke zur correcten Begrenzung des Bundes- wie des Verantwortlichkeitsverhältnisses bekennt. Sie ist zugleich diejenige Partei, die, dem Vorwurf particularistischer Tendenzen nicht ausgesetzt, vielleicht andererseits am besten befähigt ist, die sachgemäße Bezeichnung der Befugnisse mit der Zurückweisung böswilliger Ausdeutung unliebsamer Vorkommnisse zu verbinden.

Der Ausschließung socialdemokratischer Consumvereine aus dem allgemeinen Genossenschaftsverbande soll der Austritt anderer Consumvereine folgen. Es wird sich ja zeigen, was da werden will. Einstweilen hat man es mit der Ausschließung zu thun, die bedauerlicher Weise zuerst in wenig zutreffender telegraphischer Fassung gemeldet worden war. Es wurden nicht Consumvereine ausgeschieden, weil ihre Mitglieder socialdemokratische Gesinnung hegen, sondern weil die Vereine Parteipolitik in den Verband zu tragen versucht hatten. Das war statutenwidrig und wäre das auch gewesen, wenn es sich um andere Parteitendenzen gehandelt hätte. Die Sache ist in dankenswerther Weise klar gestellt worden, und zwar durch einen socialdemokratischen Theilnehmer der Kreuznacher Versammlung. Der Mann sagte: „Wir (die Socialdemokraten) werden den Verband zwingen, sich so zu organisiren, wie wir es wünschen". Durch diese politische Ankündigung einer politischen Partei erfährt das Verfahren der Vereinigung, die grundsätzlich und nothwendig unpolitisch ist, seine volle Rechtfertigung. Daß der Verbandsvorsitzende Dr. Crüger seine gute Sache äußerst ungeschickt und die Socialdemokraten ihre verbandsverderberischen Bestrebungen geschickt vertreten haben, ist bedauerlich, aber nicht von sachlicher Bedeutung. Die Zustimmung der freisinnigen Presse zu dem Ausschließungsbeschlusse will allerdings auch nichts besagen. Sie erfolgt nur, weil die Verbandsleitung notorisch freisinnig ist. Im anderen Falle wäre bei gleicher Sachlage das Lob von der „Freiheit" angestimmt worden.

Die Ursachen der Fleischtheuerung sind noch nicht ermittelt. Aber es steht fest, in Posen, das den stärksten Anstoß der Angelegenheit näher zu treten, gegeben hat, hat eine von Händlern eingeleitete „Schwänze" obgewaltet. Man wollte die zu den Kaisertagen erwarteten Fremden und mit ihnen die Einheimischen gehörig schröpfen durch Zurückhaltung der Thiere und trieb die Preise künstlich in die Höhe. Praktiken, die die Krämung in London berüchtigt machen, wurden nachgeahmt und glücklicherweise — wenn auch aus ganz anderen Ursachen — mit dem gleichen Mißerfolge. Die Viehverwerthungs-Centrale aber und die Posener Fleischnoth flog nach allen Winden. Dortige Händler erklärten mit einem Male, es sei Fleischvieh im Ueberfluß da, und das war wahr: es wurde Vieh von Posen nach Breslau gebracht und in der erstgenannten Stadt fielen die Preise um zehn Procent. Wir sind nun durchaus nicht der Meinung, daß durch dieses Stückchen und seine Beseitigung das Nichtvorhandensein einer Fleischtheuerung oder einer allgemeinen Entstehungsursache für die Orte und Gegenden, wo sie auftritt, nachgewiesen sei. Aber wir möchten uns auch nicht vor einer hinlänglichen Aufhellung zu der Forderung drängen lassen, daß die Grenzen ohne Weiteres zu öffnen und damit die unleugbaren großen Vortheile, die die Sperre für den Gesundheitszustand im heimischen Viehstande mit sich bringt, kurzer Hand zu vernichten seien, vielmehr der frühere permanente Verseuchungszustand wiederherzustellen wäre.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 6. September. Das sächsische „Vaterland" stellt sich noch begriffsstutziger, als es ist. Ihm genügt der Fehltritt, den es mit seinem bösen Fahnen-Artikel begangen, nicht, denn es kommt heute auf diesen und auf unsere Kritik desselben zurück, wundert sich über sie und wirft uns Unsachlichkeit vor. Der Vorwurf ist nicht unberechtigt; in der Annahme, dem conservativen Blatte werde die bessere Einsicht schon von selbst kommen, hielten wir eine sachliche Widerlegung für überflüssig. Dies war ein Irrthum, denn „das Organ des conservativen Landesvereins sic." ist in diesem Falle gar nicht conservativ, und wir müssen ihm also sachlich antworten: Das Blatt mit dem Namen „Vaterland" bekennt sich zur materialistischen Weltanschauung, für durch Tradition und Schwur geheiligte Feldzeichen ist nach seiner Ansicht kein Raum im Heere, sie sind überflüssig, ja schädlich, die Fahne ist ein unnützes Ding. Das ist, mit Verlaub, die Ansicht des „Vaterlandes" und — der Socialdemokratie, und daher unsere „wohlwollende Annahme", dem Blatte sei ein Malheur mit einem Ausschnitt passirt. In Consequenz dieser geoffenbarten Anschauungsweise kann das „Vaterland" mit der Fahne ja auch das ganze stehende Heer zum alten Plunder werfen, für die Milizheere schwärmen und nachher behaupten, das sei eine Zweckmäßigkeitsfrage rein militär-technischer Natur und habe mit der Politik nicht das Geringste zu thun. Diese vorgeschützte Einfalt wird ihm aber nichts nützen, und die socialdemokratische Presse wird das „Vaterland" in ihrer Mitte willkommen heißen. Diese selbstverständlichen Sätze also zur Aufklärung über die militär-politische Seite der Fahnen-Angelegenheit. Ueber die rein-militärische Seite wagen wir mit dem kriegserfahrenen „Vaterland" keinen Disput; in diesem Falle hilft uns aber Jemand, dessen Wissenschaft nicht, wie nach Ansicht des Blattes die unsrige „beim Betrachten mehr oder minder unnatürlicher Schlachtenbilder" gewonnen ist; in der „Täglichen Rundschau" schreibt nämlich der Generalleutnant z. D. A. v. Boguslawski zu der Sache u. A.:

„Das sächsische „Vaterland", ein conservatives Organ, hat kürzlich die Ansicht ausgesprochen, daß man die Fahnen der Truppentheile beim Ausmarsch ins Feld zu Hause lassen solle. — Dies war in früheren Zeiten bei der sogenannten leichten Infanterie, den Füsilieren und Jägern, in der preußischen Armee Bestimmung, weil man beabsichtigte, sie vorzugsweise zum zerstreuten Gefecht zu gebrauchen und daher die Besorgniß hegte, daß die Fahnen dabei leicht verloren gehen könnten. Das war eine ganz schiefe Auffassung der Sache, denn die Fahne gehört zur Truppe und gerade dann, wenn sie berufen ist, ihr Handwerk Angesichts des Todes auszuüben. Auch von der Idee muß man sich frei machen, daß der Verlust einer Fahne unter allen Umständen eine Schmach ist. Es kommt ganz darauf an, wie man sie verliert . . .

Die Fahne wird vom Landesherrn verliehen und trägt seine oder des Landes Farben. Sie wird zum Symbol der Kriegertreue am Fürsten oder am Staat und der militärischen Ehre. Sie wird von Priesterhand geweiht, und der Soldat leistet bei ihr den Eid. — In diesem Sinne werden der Fahne militärische Ehren erwiesen, als dem sichtbaren Zeichen der Ehre und Treue. Was für eine Bedeutung soll aber dies Symbol für den Soldaten haben, wenn es zu Hause bleibt? Mit welcher Ehrfurcht betrachteten wir als junge Soldaten die Fahnen mit dem eisernen Kreuz von 1813 an der Spitze, die noch in den Schlachten des großen Friedrich, die bei Leipzig und Belle Alliance im Pulverdampfe geweht hatten! Mit denselben Gefühlen muß die jetzige Jugend die Fahnen von Düppel, Königgrätz, Marsala-Tour und Sedan betrachten. Die Fahne ist eben die verkörperte Tradition des Regiments, der bleibende Zeuge seiner Thaten. Die gegen die Mitnahme der Fahnen ins Feld angeführten practischen Gründe halten diesem idealen Gedanken nicht Stich . . . Der bei der Vertheidigung einer Fahne gezeigte Heroismus ist, wenn er auch Menschen kostet, kein todtes Capital, sondern wirkt lebendig fort in den Ueberlieferungen des Regiments. Der junge Fähnrich, der sich bei Halle 1806 die Fahne um den Leib wickelt, sich in die Saale stürzt und dabei seinen Tod findet, der Soldat des 16. preußischen Regiments, der zum Tode verwundet die Fahne noch an sich drückt und sie dem französischen Officier, der sie ergreifen will, mit seinen letzten Kräften streitig macht — der Haufen von Officier-, Unterofficier- und Soldatenleichen, unter denen die Garibaldiner bei Dijon die Fahne des 1. Bataillons 61. Regiments fanden, sind Zeugen der heldenhaften Thaten, die man der Idee verdankt, die sich an die Fahne knüpft . . .

Daß eine tapfere Truppe auch ohne Fahne fechten kann, erleidet keinen Zweifel, das kann aber kein Grund sein, uns dieses Symbols der Ehre und Treue zu berauben oder gar es zu Hause zu lassen."

Auch das wird vermuthlich auf das „Vaterland" keinen Eindruck machen, aber einzig deshalb, weil der gemeinsame Boden fehlt, auf dem eine Verständigung möglich ist. Schließlich ist das nämlich gar kein Streit um Einzelnheiten, sondern am letzten Ende um Weltanschauungen, und die des „Vaterland" ist nicht die unsrige und nicht die des Generals v. Boguslawski. Zum Schluß machen wir das „Vaterland" noch darauf aufmerksam, daß es noch einen Schritt weiter zu gehen und überhaupt für Abschaffung der Fahne zu kämpfen hat, denn eine „Fahne", die im Kriege zu Hause gelassen wird, ist kein Feldzeichen und keine Fahne, sondern eine Stange mit einem Stück Tuch daran. An dem Instrument ist allerdings auch uns nichts gelegen.

C. H. **Berlin**, 6. September. (Deutschand und Haïti.) Der Seeraub, den das die Flagge des Präsidenten führende Kanonenboot „Crête à Pierrot" an dem Hamburger Dampfer „Markomannia" verübt hat, lenkt natürlich zunächst den Blick auf die maritimen Streitkräfte

Feuilleton.

Nochmals: Das Deutschthum in Brasilien.

Am 27. und 29. August erschien an dieser Stelle ein auf W. Heeren's Buch über Brasilien fußender Artikel unter der Ueberschrift „Das Deutschthum in Brasilien", der den Heeren'schen Schilderungen vieles Interessante über den Volkscharakter des Vollblut-Brasilianers entnahm und dann über das materielle und geistige Fortkommen der deutschen Einwanderer wenig ermuthigende Erfahrungen des Verfassers mittheilte.

Wenn nun Heeren's Buch in letzterer Hinsicht einschränkenden Widerspruch eines uns so nahe stehenden, gründlichen und erprobten Kenners der brasilianischen Auswanderungsverhältnisse, wie Dr. Hermann Meyer-Leipzig, findet, so geben wir dessen beachtenswerthen kritischen Ausführungen um so bereitwilliger an gleicher Stelle Raum, als er selbst durch unermüdliche, uneigennützige Fürsorge für die nach Brasilien wandernden deutschen Landsleute, insbesondere durch Gründung eigener Auswanderer-Colonien im Süden der großen Republik, sich unbestreitbare Verdienste erworben hat. Dr. Herrmann Meyer schreibt uns:

Der an dieser Stelle erschienene Artikel fordert einige Berichtigungen heraus, da derselbe auf nicht durchweg haltbarer Grundlage aufgebaut und daher geeignet ist, ein unzutreffendes Bild von verschiedenen Verhältnissen in Brasilien, speciell über die Auswanderungsfrage, zu geben und vor einer Auswanderung abschrecken muß. Ich bin überzeugt, daß der Verfasser diesen Artikel durchaus nicht tendenziös behandeln wollte, sondern daß es ihm nur darauf ankam, im großen Zügen über das im vorigen Jahre erschienene Buch des früher in Brasilien thätig gewesenen Pastors Heeren „Ueber das evangelische Leben in Brasilien" zu referiren. Heeren, und mit ihm der Verfasser des Artikels, sagt, daß, wer es in Deutschland noch eben aushalten könne, wer buchstäblich nicht zu hungern und zu frieren brauche, daheim bleiben soll. Das ist sehr richtig. Falsch ist es aber, wenn Heeren behauptet, daß es der Auswanderer in Südbrasilien nicht so weit bringen könne, seine materielle Lage wesentlich zu verbessern, und damit im Allgemeinen ein ungünstiges Urtheil über die Colonisation Südbrasiliens abgiebt. Dann kennt eben Heeren die blühenden Colonien in Sa.-Catharina und Rio Grande do Sul nicht, in denen sich im Laufe weniger Jahrzehnte auf dem kräftigen, fruchtbaren Urwaldboden ein behaglicher Wohlstand aus nichts heraus entwickelt hat, allein durch Kraft und Fleiß der Auswanderer. Ich spreche nicht nur aus eigenen Erfahrungen, sondern berufe mich zugleich auf das Urtheil von Leuten, die mit den Verhältnissen vertrauter sind, wie Sellin, Cannstadt, Jannasch, Funke, Papstein, Eye, Leyser, Kapff, Soyaux, Gernhardt und Andere, deren Arbeiten über die Colonisation ich zur Lectüre empfehle. Heeren giebt das Gebiet seiner Thätigkeit nicht namentlich an, es geht aber aus Allem hervor, daß seine Wirksamkeit in Parana, speciell in der Hauptstadt Curityba, sich entfaltete. Parana ist von den drei Südstaaten das Land, welches für die Colonisation am wenigsten in Betracht kommt, denn es hat lange nicht so fruchtbaren Boden und so geeignetes Klima im Colonisationsgebiet, wie die beiden südlicheren Staaten. Es wäre daher wohl möglich, daß Heeren in diesem Staate ein derartiges Gedeihen und Sprießen in den wirthschaftlichen Verhältnissen der deutschen Colonisten nicht kennen gelernt hat, wie man es in den anderen Südstaaten antrifft. Um so mehr muß man davor warnen, seine Ausführungen zu verallgemeinern.

Heeren widerspricht sich aber auch. Auf Seite 53 sagt er, der einfache deutsche Arbeiter habe es in den weitaus meisten Fällen besser als der deutsche Colonist und Arbeiter in Brasilien, denn „kann er sich auch kein Reitpferd satteln, kletert er sich auch keinen Wein und greift er nur mit den Fingerspitzen in die Kaffeebüchse, hat er doch sein gutes Auskommen und so Vieles, was unsere deutschen Brüder in Brasilien entbehren. Er empfängt bewußt und unbewußt alle die Vortheile, Segnungen und geistigen Güter, welche das Leben in einem entwickelten, gesitteten Volke auch dem Geringsten gewährt." Er führt alsdann die Vortheile der deutschen Rechtspflege, Verwaltung, der genauen Steuerzahlung und der geregelten Post- und Polizeiverhältnisse an. Ich meine doch, daß für den Auswanderer in erster Linie die materielle Lage in Frage kommt. Wenn es ihm drüben leichter gelingt, sich einen guten Lebensunterhalt zu schaffen und dabei Grund und Haus sein eigen zu nennen, so ist das für ihn zunächst das Wichtigere, auch wenn er die geistigen Güter in der ersten Zeit entbehren muß, als wenn er in Deutschland bei schwerster Arbeit nicht vorwärts kommt, hungert und friert und nicht die Aussicht erblickt, für sein Alter einen Zehrpfennig zurücklegen. Dies Bewußtsein muß den armen Mann weit mehr deprimiren, als wenn er sich sagt, daß die Verwaltungsverhältnisse seines Landes nicht die besten sind. Der schwere Druck, den die Sorge um das tägliche Brod auf ihn legt, verdrängt in dem Arbeiter hier ideale Regungen. Wer deshalb gerade so viel Mittel hat, die ihm die Ueberfahrt, die Anschaffung des nöthigen Auswanderergutes und den Unterhalt für die ersten Monate bis zur Ernte ermöglichen, Mittel, die sich pro Familie auf allerhöchstens 1500 ℳ stellen, der mag die Auswanderung ruhig wagen. In der Heimath ist es ihm unmöglich, mit dieser Summe eigenen Besitz zu erwerben.

Es ist auch falsch, oder doch nicht für die übrigen Staaten gültig, wenn Heeren behauptet, daß die Colonisten drüben die Verhältnisse in Deutschland den brasilianischen vorzögen und Sehnsucht nach ihrer Heimath hätten. Es wird kaum einer, der drüben Haus und Hof besitzt, mit dem deutschen Fabrikarbeiter tauschen wollen, und der freiere politische Geist, der dort weht, hält Manchen fest. Er wird deshalb, wenn keine anderen Einflüsse an ihn herantreten, kein schlechterer Deutscher, und hängt mit dem Herzen fest an dem deutschen Volksthum, deutscher Art und Sitte, an Kaiser und Reich mit seiner glorreichen Geschichte. Er wird deutsche Interessen drüben stets gern vertreten, aber zurück in die beschränkten Verhältnisse, in die dunklen Fabrikräume geht er unter keinen Umständen. Heeren schreibt ja selbst:

„Deutsche-arbeiten sich meist so weit empor, daß sie sich im Laufe der Zeit ein Haus aus Fachwerk oder ganz aus Ziegeln bauen konnten. Ihre Wohnungen gaben sich daher meist schon durch ihr Aeußeres zu erkennen. Zeigt ein Haus Fenster von Glas, anstatt der hölzernen Läden, und dahinter weiße, saubere Gardinen, so konnte man, auch ohne daß blonde, blauäugige Kinder davor spielten, mit ziemlicher Gewißheit darauf schließen, daß die Bewohner des Hauses nicht Italiener oder Polen, noch viel weniger Brasilianer waren. Das Innere des Wohnzimmers wies noch bestimmter darauf hin. Von den Wänden grüßten vertraut die Bilder Luther's und seiner Helfer, Kaiser Wilhelm's I. und seiner Nachfolger, Bismarck's und Moltke's, Erinnerungsbilder aus der Militärzeit und Zeugnisse der Theilnahme an Feldzügen, Confirmationsscheine und christliche Hausseegen. Die Räume waren an und für sich schon freundlich und einladend. Wozu muß doch bei uns im Winter das Wohnzimmer armer (und nicht armer)